



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 277/GP

05.11.2014

**Huml geht verstärkt gegen Personalengpässe in Altenpflege vor -
Gesundheits- und Pflegeministerin: Neue Bedarfs- und Angebotsprognose
zu den Ausbildungsplätzen in Bayern**

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml verstärkt das Vorgehen gegen Personalengpässe in der Altenpflege. Huml verwies am Mittwoch in München auf eine neue Bedarfs- und Angebotsprognose zu den Ausbildungsplätzen in diesem Bereich. Demzufolge wird es in den kommenden Jahren in Bayern unter anderem einen Mangel an Auszubildenden geben.

Huml betonte: "Das Gutachten bestätigt meine Einschätzung, dass der Altenpflegeberuf für junge Leute attraktiver werden muss. Denn ein Ergebnis ist, dass nicht fehlende Ausbildungsplätze der vorwiegende Grund für die mangelnde Zahl an Absolventen sind. Vielmehr ist das Interesse am Altenpflegeberuf zu gering."

Die Prognose des Instituts für Gerontologie an der TU Dortmund zeigt, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung einer Ausbildungsumlage grundsätzlich gegeben sind. Allerdings ist unklar, ob eine Umlage alleine den Mangel an Auszubildenden beheben könnte. Denn bereits jetzt bleiben Ausbildungsplätze unbesetzt.

Die Ministerin bekräftigte: "In Kürze werden wir in Bayern eine Arbeitsgruppe Ausbildung ins Leben rufen. Sie besteht aus Einrichtungsträgern, Kostenträgern, dem Berufsverband für Pflegeberufe und der Gewerkschaft Ver.di. Die Arbeitsgruppe soll einen Vorschlag erarbeiten, wie auf der Grundlage der Bedarfs- und Angebotsprognose eine Umlage konkret aussehen könnte."

Bereits Anfang Oktober hatte Huml einen Fünf-Punkte-Plan für eine bessere Ausbildung in der Altenpflege vorgelegt. Ziele sind:

- ein konkretes Konzept für eine Ausbildungsumlage
- ein Ausbau der bayerischen HERZWERKER-Kampagne, mit der bei Jugendlichen für den Pflegeberuf geworben wird
- eine bessere Anleitung in der praktischen Ausbildung
- ein Projekt zum Stopp von Ausbildungsabbrüchen
- eine deutliche Entbürokratisierung der Pflege-Arbeit durch weniger Dokumentationsaufwand



Die Ministerin betonte: "In den vergangenen Jahren haben wir bereits viel erreicht. So hat die HERZWERKER-Kampagne zu einer steigenden Zahl von Auszubildenden geführt. Außerdem haben wir das Schulgeld faktisch abgeschafft - und auf unsere Initiative hin hat die Landespflegesatzkommission klargestellt, dass Tarifvergütungen in den Pflegesätzen zu berücksichtigen sind. Alle Akteure sind nun gefordert, gemeinsam zu guten Arbeitsbedingungen in der Pflege beizutragen."

Das neue Gutachten zeigt ferner, dass in Bayern eine höhere Pflegefachpersonalquote als im Bundesvergleich üblich besteht. Ausbildungsbereit sind 73 Prozent aller Pflegeeinrichtungen.